

Öffentliche Versammlungen im Wohngebiet knüpfen ein festes Band zwischen Parteiorganisation und Bevölkerung

Durch das Studium der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des Zentralkomitees wurde uns klar, daß wir das Schwergewicht unserer Arbeit auf eine entscheidende Verbesserung der politischen Massenarbeit in unserem Wohngebiet legen müssen. Vor uns stand also die Frage: Wie können wir in unserem Wohngebiet einen engen Kontakt zur Bevölkerung schaffen, um ihr die Politik unserer Partei und Regierung in einfacher Weise zu erläutern und sie zur Mitarbeit zu gewinnen?

Die Diskussionen in den Hausversammlungen hielten wir für das geeignetste Mittel, um mit den Einwohnern eine gute Verbindung aufzunehmen. Deshalb beauftragten wir die Genossen unserer Wohnparteiorganisation, in allen Häusern des Wohngebietes Hausversammlungen zu organisieren. An diesen Versammlungen beteiligte sich ein großer Teil der Einwohner. Die Berichte über die Versammlungen ergaben, daß unsere Menschen vor allem wissen möchten, was in ihrem Wohngebiet gebaut wird. Bisher hatte mit ihnen noch niemand darüber gesprochen, was auf den großen Bauplätzen in unserem Wohngebiet eigentlich gebaut werden soll. Die Parteileitung beschloß daraufhin, das Ergebnis der Hausversammlungen für die Organisation einer öffentlichen Versammlung auszuwerten. Diese erste öffentliche Versammlung unserer Wohnparteiorganisation sollte zu einem Erfolg werden, deshalb bereiteten wir sie gründlich vor. In guter Zusammenarbeit zwischen der Parteileitung und den Gruppenorganisatoren wurden die erforderlichen Maßnahmen beraten und durchgeführt. Mit Unterstützung der Kreisleitung ließen wir Plakate drucken. In diesen Plakaten riefen wir die Bevölkerung auf, gemeinsam mit uns in der öffentlichen Versammlung am 12. November 1953 zu beraten, wie wir in unserem Wohngebiet den neuen Kurs verwirklichen können. Die Versammlung stand deshalb unter dem Thema: „Berlin voran im neuen Kurs“. Die Handzettel wurden in allen Häusern ausgehängt. Außerdem verteilten Pioniere Handzettel unter der Bevölkerung. In den Geschäften des Wohnbezirks hängten wir große handgemalte Plakate aus. Die im DFD tätigen Genossinnen verstanden es, eine Anzahl Bundesfreundinnen für die Bekanntmachung der Versammlung zu gewinnen. Die Genossen der Wohnparteiorganisation wiesen außerdem in persönlichen Unterhaltungen die Hausbewohner auf die Versammlung hin.

Die Kreisleitung betraute den Genossen Manesse vom Fortschrittwerk II, einen ihrer besten Agitatoren, mit dem Referat. Damit im Referat auch gründlich auf die Verhältnisse im Wohnbezirk eingegangen werden konnte, setzten sich zwei Genossen der Parteileitung mit dem Referenten zusammen, um mit ihm die Lage im Wohngebiet zu besprechen. Da wir aus den Hausversammlungen wußten, welches der Schwerpunkt der Diskussion sein würde, baten wir den Rat des Stadtbezirks, je einen Vertreter der Abteilungen Aufbau sowie Handel und Versorgung in die Versammlung zu entsenden.

Die gute Vorbereitung der Versammlung hatte Erfolg. Von rund 100 Anwesenden waren etwa 70 Parteilose. Im Referat ging Genosse Manesse auf alle Punkte des Auftrages unserer Bezirksleitung ein. Er verstand es ausgezeichnet, den Menschen zu erklären, in welcher Weise sie zur Verwirklichung des neuen Kurses in ihrem Wohngebiet beitragen können, und so bereitete er den Boden für eine rege Diskussion vor. Es war deshalb auch kein Zufall, daß hauptsächlich Parteilose in der Diskussion sprachen. Am meisten bewegte sie der Ausbau des Wohngebietes. Sie wiesen darauf hin, daß in dieser von Bomben schwer zerstörten Gegend auch für die Entwicklung des kulturellen Lebens, zum Beispiel durch den Wiederaufbau eines Kinos, durch die Einrichtung einer repräsentativen Gaststätte, durch den Bau einer Versammlungsstätte usw., gesorgt werden muß. Sie gaben wertvolle Hinweise für die Errichtung eines Kindergartens, für die Anlage von Spielflächen für die Kinder und für die Einrichtung der wichtigsten Ladengeschäfte. Sie sprachen aber auch darüber, wie durch eine gute Arbeitsorganisation billig gebaut werden kann. Sie wiesen auf eine Anzahl Mißstände bei der Errichtung der Baustellen und bei den bisherigen Bauten hin. Sie regten die Baukontrolle durch die Bevölkerung an und riefen zur Wachsamkeit auf unseren Baustellen auf.

Die Stellungnahme der Vertreter des Rates des Stadtbezirks zu den Fragen war sehr oberflächlich. Ihre Ausführungen deuteten darauf hin, daß sie entweder vollkommen unvorbereitet in diese Versammlung gingen, oder daß der Rat des Stadtbezirks bisher nicht erkannt hat, welche aktive Rolle die Bevölkerung bei der Errichtung eines schöneren und besseren Lebens spielt. So erfuhr zum Beispiel die Bevölkerung zum erstenmal, daß im nächsten Jahr in unserem Wohnbereich viele Wohnungen gebaut werden sollen. Mit Erstaunen konnten die Besucher feststellen, daß die Pläne für die Wohnungen schon fertiggestellt und daß auch die Ladengeschäfte schon geplant sind. Wie isoliert von der Bevölkerung bei dieser Planung vergangen wurde, zeigt eine Äußerung des Vertreters der Abteilung Aufbau. Er erklärte, daß soziale Einrichtungen in die Planung bisher nicht einbezogen wurden und daß ein Postamt für die 3000 Bewohner dieser neu entstehenden Wohngegend nicht zur Gesamtplanung des Projektes gehört. Die Einwohner sollten sich in dieser Angelegenheit an die Post wenden. Wie wirklichkeitsfremd die Planung ist, zeigt, daß der Neubau einer Apotheke geplant wurde, obwohl in der näheren Umgebung bereits vier Apotheken vorhanden sind.

Einige kämpferische Diskussionsbeiträge unserer Genossen machten den Vertretern des Rates des Stadtbezirks klar, daß die Bevölkerung ein Recht hat zu verlangen, daß sich die planenden Stellen ernsthaft mit ihren Vorschlägen auseinandersetzen. Es wurde eindeutig darauf hingewiesen, daß unser Staat ein Staat der Arbeiter und Bauern ist, und daß keine Stelle das Recht hat, sich über die Anregungen der werktätigen Bevölkerung hinwegzusetzen oder sie zu übergehen. Die Parteiloson nahmen diese Hin-